

Gemeinsam für den Frieden Ein Aufruf zur Vernunft

**Beitrag auf der Pressekonferenz am 16.06.2021
von Generalleutnant a.D. Manfred Grätz**

Schon einmal, vor nunmehr sechs Jahren, wandten wir uns mit einem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ an die Öffentlichkeit (1).

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die einstige Antihitlerkoalition brachten wir damals unsere Sorge um die Erhaltung des Friedens und den Fortbestand der Zivilisation in Europa zum Ausdruck.

Wir konstatierten, dass der Krieg wieder zum ständigen Begleiter der Menschheit geworden ist, dass die von den USA und ihren Verbündeten betriebenen Bemühungen um die Neuordnung der Welt immer deutlicher und aggressiver spürbar wurden und dass vor allem die NATO-Osterweiterung in Richtung Russland unaufhaltsam vorangetrieben wurde.

Eben weil wir als ehemalige Militärs sehr gut wissen, was Krieg bedeutet, erhoben wir bereits damals unsere Stimme gegen den Krieg, für den Frieden.

Heute nun, am Vorabend des 80. Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, jenes 22. Juni 1941, der sich mit blutigen Lettern für immer in den Geschichtsbüchern der Menschheit verewigt hat, melden wir uns erneut zu Wort.

Unser Gewissen treibt uns voran.

Unsere moralische Verantwortung als ehemalige Militärs, die wissen was Krieg bedeutet und die Jahrzehnte für die Erhaltung des Friedens ihren Dienst verrichtet haben, lässt uns nicht ruhen, lässt uns mahnen, auch warnen. Das sind wir uns selbst, mehr noch den jüngeren Generationen, die ihr Leben noch vor sich haben, schuldig.

Schweigen ist nicht unsere Art.

Und deshalb erheben wir erneut unsere Stimme.

Dabei gedenken wir der unzähligen Opfer des 2. Weltkrieges, unter ihnen der mehr als 27 Millionen Toten, die allein die Sowjetunion zu beklagen hatte.

Gleichzeitig bringen wir unsere Sorge zum Ausdruck, die Sorge darum, dass die sich mehr und mehr zuspitzenden Widersprüche in unserer unruhigen Welt ausufernd könnten in einen neuerlichen Weltenbrand.

Einen nochmaligen 22. Juni 1941 darf es nicht geben.

Die Widersprüche zwischen den führenden Mächten sind so groß wie nie, USA, NATO, EU und Verbündete in Asien auf der einen Seite, Russland und China auf der anderen.

Der Kampf um monopolaren Führungsanspruch der USA stößt auf den Widerstand von Russland und China, die um eine multipolare Welt bemüht sind.

Dieser Widerspruch vertieft die Gräben für Gesprächs- und Verständigungsbereitschaft zunehmend, was wiederum die latent existierende Kriegsgefahr nicht geringer werden lässt.

Die NATO ist dabei, sich neu aufzustellen, nachzulesen im jüngsten Dokument „NATO 2030“.

Die Marschrichtung ist klar und eindeutig definiert. Sie weist – wieder einmal - gen Osten.

Russland wird zum „Feind“ erklärt.

Russland ist die „Hauptbedrohung“, der sich die NATO gegenüber sieht.

Russland ist an allem schuld!

So die Hauptargumentationslinie des Westens in Kurzfassung.

Wie heuchlerisch, wie lügenhaft, welche Verdrehung der Tatsachen!

Lassen wir doch einfach ein paar wenige Fakten sprechen, um zu verdeutlichen, wer wen bedroht und wer wen zu fürchten hat.

Nehmen wir **militärische Konfrontationen** in Grenznähe zu Russland durch NATO – Präsenz, kleinere und größere Übungen und Manöver.

Das jüngste NATO-Großmanöver „Defender 2021“ möge als Beispiel stehen.

- ca. 31.000 Mann aus 28 Staaten, US-geführt, in Ost- und Südosteuropa
- darunter auch Nicht-NATO-Staaten wie Ukraine und Georgien
- Übungen in Albanien, Kroatien, Bulgarien, Bosnien-Herzegowina, also an der Südflanke, sowie in den Baltischen Staaten im Norden.

All das in Grenznähe und in Richtung Russland.

Und dazu natürlich die Beschuldigungen gegen Ruland wegen Aggressivität und Bedrohung der östlichen NATO-Bündnispartner.

Welch´ schizophrene Argumentation:

- Manöver vor den Grenzen Russlands dienen der Sicherheit der osteuropäischen NATO-Verbündeten.
- Manöver Russlands auf dessen eigenem Territorium werden zu Aggressivität und Kriegsgefahr hochstilisiert.

Oder nehmen wir die seit dem NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 anhaltende **Stationierung von NATO-Kontingenten** im Baltikum, an der Südflanke und in Polen.

Schon ein flüchtiger Blick auf die Landkarte genügt. Man muss kein Militär sein, um die eindeutige Umklammerung Russlands zu erkennen.

Und wieder die Frage: Wer bedroht wen?

Schließlich noch ein Wort zum **Anheizen der Rüstung**.

Sipri (1a) schreibt von einem globalen Rüstungsboom auch unter Corona-Bedingungen, und davon, dass so viel Geld letztmalig 1988 ausgegeben wurde, und damals herrschte noch der Kalte Krieg (der ohnehin nie beendet wurde und gegenwärtig wieder deutlicher angeheizt wird).

Lassen wir nur einige wenige Zahlen sprechen:

Unvorstellbare 1.981 Mrd. US-Dollar wurden 2020 ausgegeben. Das sind weltweit 2,4 % des Bruttosozialproduktes und noch einmal 2,6 % mehr als im vorangegangenen Jahr.

An diesen Ausgaben sind beteiligt:

USA	mit	39 %
China		13 %
Indien		3,7 %
Russland		3,1 %
Deutschland		2,7 %
Frankreich		2,7 %

Auch wenn diese Zahlen für sich sprechen, vielleicht nur so viel:

Die unangefochtene Führung der USA in diesem Ranking verdeutlicht einmal mehr ihren alleinigen Führungsanspruch.

Selbst der immer noch deutliche zweite Platz dahinter von China, lediglich ein Drittel der Größenordnung der USA, nimmt sich da schon relativ bescheiden aus.

Und Russland, der von der westlichen Welt so gefürchtete gefährliche Aggressor, mit 3,1 % weit abgeschlagen?

Auch in diesem Vergleich zeigen sich Heuchelei und Demagogie des westlichen Mainstreams.

Aber, und das sollten sich **unsere** Regierenden zu Gemüte führen, wenn Deutschland und Frankreich, beide für sich schon nahe bei Russland, beide zusammen aber deutlich mehr ausgeben als Russland, dann spricht auch das wiederum eine sehr deutliche Sprache! Vielleicht ergeben sich daraus auch Folgerungen für unseren Rüstungsetat und nicht zuletzt auch Überlegungen für das Verhalten zu Russland.

Lassen wir es dabei bewenden.

Das sog. Raketenabwehrsystem auf dem Territorium von Polen und Rumänien mit Großradar in der Türkei, die einseitige Aufkündigung internationaler Verträge, die hybride Kriegsführung in all ihren Facetten wären weitere Beispiele dafür, Licht in die heuchlerische Argumentation der westlichen Welt zu bringen.

Weiterführende Gedanken dazu würde allerdings das Anliegen dieses Beitrages sprengen.

Unsere Haltung zu Krieg und Frieden ist eindeutig.

Dafür, für die Erhaltung des Friedens in der Welt, haben wir Jahrzehnte mit Überzeugung alles gegeben.

Daran hat sich nichts geändert, auch wenn die Geschichte anders verlaufen ist, als wir es wollten.

Deshalb verfolgen wir aufmerksam, wie sich die Sehnsucht der Menschen nach Frieden, ihre Abscheu vor Krieg und Vernichtung, mehr und mehr, wenn auch zaghaft und noch viel zu wenig, in Aktionen und Erklärungen widerspiegelt.

Wir unterstützen alle Bemühungen, alle Aktivitäten, die geeignet sind, den Regierenden in der Welt, wo auch immer, zu zeigen, dass Krieg und Gewalt kein Mittel zur Lösung von Problemen sind.

So haben wir mit großer Aufmerksamkeit den offenen Brief von ehemaligen französischen Generalen und hohen Offizieren zur Kenntnis genommen, den sie

als Reaktion auf den Plan „NATO 2030“ an den Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, richteten. Die Übereinstimmung unserer Auffassungen zur NATO, insbesondere zum aggressiven Kurs gegenüber Russland, zur NATO-Osterweiterung und einer Reihe weiterer Probleme hat uns veranlasst, dem Unterzeichner des offenen Briefes unseren Aufruf „Gemeinsam für den Frieden“ zur Kenntnis zu geben.

Die Antwort darauf war sehr wohlwollend und ermutigend.

Auch aus Österreich gibt es von einem Oberstarzt (Dr. Georg Ludvik) eine sehr persönliche Zuschrift über die Sehnsucht der Menschen nach Frieden, verbunden mit Respekt und Anerkennung für die NVA im Nachhinein.

Er schließt mit den zustimmenden Worten:

„Möge der Aufruf zu Frieden und Vernunft ein entsprechendes Echo erfahren, nie verhallen und fruchtbaren Boden finden.“

In vielen Verbänden, Vereinigungen und Zivilgesellschaften wird des 22. Juni 1941, jenes geschichtsträchtigen Datums, in vielfältiger Form gedacht werden. All diese Aktivitäten finden unsere Anerkennung und Würdigung, unseren Appell haben wir nicht umsonst überschrieben mit „Gemeinsam für den Frieden“.

Ein gemeinsamer Appell mehrerer Ost-West-Gesellschaften soll hier für viele stehen, der unter dem Titel „Kein Kalter Krieg gegen Russland – Hört auf damit“ bereits viel Aufmerksamkeit und bis heute nahezu Tausend Unterstützer gefunden hat.

Ich zähle mich zu ihnen.

All diese Appelle, Willensbekundungen und ehrenden Gedenken anlässlich dieses denkwürdigen Tages 22.06.1941 sind Mahnung und Verpflichtung gleichermaßen.

Zu allererst richten sie sich an die Regierenden in aller Welt, innezuhalten mit kriegesischen Auseinandersetzungen und für ein friedliches Miteinander zu sorgen.

Deutschland, dem Verursacher des Vernichtungskrieges gegen die SU, kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu. Wer, wenn nicht die BRD, noch dazu stärkste und einflussreichste Kraft in der EU, sollte eine eigenständige, von den USA unabhängige Politik durchsetzen, die auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Russland gerichtet ist, die dem Frieden und der Verständigung dient.

Gemeinsam **mit** Russland für den Frieden. **Ohne** Russland wird es in der Welt keinen Frieden geben.

Es wäre ganz im Sinne unseres **Aufrufes**, wenn die hier anwesenden Pressevertreter diesen Gedanken verbreiten würden.

Gemeinsam für den Frieden Ein Aufruf zur Vernunft

Angesichts der militärischen und politischen Situation der Welt von heute wird der Kampf um den Frieden immer mehr zum zentralen Anliegen aller vernünftigen Menschen.

Als ehemalige oder heute noch aktive Militärs in Ost und West haben wir diesbezüglich eine besondere Verantwortung, weil wir die Folgen von Kriegen kennen.

Frieden ist heute nur erreichbar, wenn wir zurückkehren zu den Prinzipien, auf denen 1945 nach zwei Weltkriegen auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen die Nachkriegsordnung aufgebaut wurde

- Achtung der souveränen Gleichheit aller Staaten, gleich ob groß oder klein
- Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt

Zu diesen Prinzipien müssen wir zurückkehren, vor allem angesichts des Vernichtungspotentials von Atomwaffen und Massenvernichtungsmitteln sowie der Ausdehnung des militärischen und wissenschaftlichen Wettrüstens auf immer neue Gebiete, bis hin zum Kosmos.

Deshalb rufen wir auf zur Besinnung auf eine Politik des gegenseitigen Respekts und der Zusammenarbeit, vor allem der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO, denen als Atommächte eine besondere Rolle zukommt.

Unser Land, eine der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt, trägt wegen seiner Geschichte dabei eine besondere Verantwortung.

Soldaten der höheren Führungsebene erkennen auch bei uns ihre Verantwortung, die Politiker zu einer Politik der Friedenserhaltung und Zusammenarbeit aufzurufen.

Wer heute über Mittel verfügt, die über Leben oder Tod entscheiden, kann sich nicht mehr als bloßer Befehlsempfänger der Politik sehen. Wer diese Verantwortung auf seinen Schultern trägt, hat nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht, eine Politik einzufordern, die das gemeinsame Überleben aller sichert.

Die Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Wahrnehmung unserer Verantwortung für die Zukunft sollte uns über alle sonstigen Unterschiede hinweg einen. Diese Erde gehört nicht nur uns, sie gehört auch den Generationen, die noch ins Leben treten werden.

Alle, die die Sorge um die Erhaltung des Friedens und des Überlebens mit uns teilen, sind willkommen, unabhängig von ihrer Nationalität, Profession, ihrem Alter, Geschlecht und Glaubensbekenntnis.

Wir fordern von unseren Regierungen, Konflikte mit friedlichen Mitteln unter

Beachtung der Interessen der Mehrheit der Menschen zu lösen.

Unsere Regierungen sollen eine Politik der Zusammenarbeit führen und gegen andere Länder keine Politik betreiben, die sie zwingen könnte, ihre Interessen mit militärischen Mitteln zu schützen.

Als Militärs fordern wir, den über Jahrzehnte erfolgreichen Prozess der Rüstungskontrolle auf allen Ebenen fortzusetzen. Er ist seit über einem halben Jahrhundert Beweis dafür, dass bei entsprechendem politischem Willen und gegenseitiger Achtung auch komplizierte Probleme unter strikter Kontrolle einvernehmlich lösbar sind.

Allen ist klar, dieser Prozess bedarf seiner Anpassung an die Veränderungen in der Welt.

Gemeinsam mit vielen gleichgesinnten Verantwortungsträgern rufen wir deshalb dazu auf, innezuhalten mit der Zerstörung des Völkerrechts und der elementaren Lebensgrundlagen der Völker.

**Es geht um unser Aller Überleben!
Heute werden dafür die Weichen gestellt!**

Generaloberst a.D. Fritz Streletz
Generalleutnant a.D. Manfred Grätz
Generalleutnant a.D. Wolfgang Neidhardt
Generalmajor a.D. Manfred Jonischkies
Konteradmiral a.D. Gerhard Müller
Oberst a.D. Frithjof Banisch
Oberst a.D. Herbert Prauß
Oberstarzt Dr. Georg Ludvik (Österreich)
Kapitän zur See a.D. Gerhard Matthes
Oberstleutnant a.D. Siegfried Eichner
Major a.D. (Bw) Florian Pfaff

Generaloberst Vitali Asarew (RF)
Generalleutnant a.D. Horst Sylla
Generalmajor a.D. Sebald Daum
Generalmajor a. D. Dr. Günter Voigt
Oberst a. D. Friedemann Munkelt
Oberst a.D. Bernd Biedermann
Oberst a.D. Nikolai W. Tschuikow (RF)
Kapitän z. See a.D. Werner Murzynowski
Kapitan 1. Ranges a.D. Mikhail Pyresin (RF)
Major a.D. Rainer Paskowsky

Berlin, 16. Juni 2021

Der Aufruf wird unterstützt vom Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden. Es sind 26 Verbände mit rd. 20.000 Mitgliedern.

Die Nationale Volksarmee hatte bis 1990 im Rahmen des Warschauer Vertrages durch sehr hohe Einsatzbereitschaft und Beherrschung der Waffentechnik dazu beigetragen, dass verschiedenste US- und NATO- Aggressionspläne (2) nicht umgesetzt worden sind. Das war ihr Auftrag. Den hat sie sichergestellt.

Deshalb engagieren sich der Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen der DDR sowie die weiteren Verbände für diesen aktuellen Aufruf. Gründe heute sind:

- **Der Stand der Waffentechnik** heute und das **Brechen gegebener völkerrechtlich verbindlicher Versprechungen** gegenüber Russland führen zu einer extremen Verkürzung der Vorwarnzeiten. Daraus resultiert eine besondere Gefährdung des Friedens
- Das stetige Suchen nach immer größeren Absatzmärkten für den Militärisch-Industriellen Komplex (3)
- Die **Zunahme der** Russophobie
- Die finanzielle, personelle und materielle **Unterstützung** faschistischer Kräfte (4 und 5)
- Eine sehr starke **Verfälschung geschichtlicher Ereignisse** zur Schaffung von Gründen für neue Aggressionen,
- Eine offen ausgesprochene und durchgeführte **Regime-Change-Politik**, also kraftvolle subversive Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten u.a.m.

Der **80. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Völker der Sowjetunion** am 22. Juni 1941 allein ist Anlass, zu erinnern an die Schwüre: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ Dieser denkwürdige Jahrestag ist für Deutschland eine ganz besondere Verpflichtung.

Eine Entschuldigung der Bundesrepublik gegenüber den Völkern der ehemaligen Sowjetunion gab bisher nicht.

Gerade zum 80. Jahrestag und der gegenwärtigen feindseligen Politik des vereinten Deutschlands sind jedoch eine Entschuldigung und eine Umkehr zu einem friedlichen und freundschaftlichen Verhältnis zur Russischen Föderation angezeigt.

Das sind Gründe für den heutigen Aufruf.

Ein französischer Luftwaffengeneral a.D. hatte gemeinsam mit Generalen aus dem «Cercle de Réflexion Interarmées» einen Offenen Brief an den Generalsekretär der NATO geschickt (6), in dem sich die ehemaligen hochrangigen Offiziere gegen die offensiven Pläne und aktuellen Kriegsspiele in Europa gewandt haben. Aus der Antwort an Generalleutnant a.D. Manfred Grätz eine der wichtigen Passagen aus dem Schreiben:

„Wie Sie vielleicht aus unserem offenen Brief an den NATO-Generalsekretär entnommen haben, teilen wir die gleiche Sorge um die Erhaltung des Friedens in Europa und die Beendigung der unheilvollen Politik der NATO gegenüber Russland, die nur zu einer Verschärfung der Spannungen in Europa führen kann, begleitet von der gegenwärtigen umfangreichen Aufrüstung. Aus diesem Grund wollte der CRI die politischen Entscheidungsträger Frankreichs auf die Gefahren eines möglichen künftigen Abdriftens der NATO aufmerksam machen und sensibilisieren. Das ist der Zweck unseres offenen Briefes, der ebenso wie Ihr Text "Gemeinsam für den Frieden" ein Appell an die Vernunft ist, um den Frieden in Europa zu bewahren, und ich kann mich persönlich nur freuen, dass Ihr Appell an Ihre politischen Entscheidungsträger die gleiche Stoßrichtung hat wie der unsere.“

Der französische General verweist auf eine Publikation des «Cercle de Réflexion Interarmées» zu diesem Thema: „Für eine andere Internationale Ordnung“ (7)

Die Rede von Brechthold Brecht im Jahr 1952 (geb. 1898, gest. 1956, deutscher Dramatiker) besitzt mehr denn je Gültigkeit:

... Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden. ...

Die gezielte Verdummung des Volkes durch „Leitmedien“ sowie durch das Aufhetzen der verschiedenen Kulturen gegeneinander ist aktuell erneut eine bedrohliche Situation entstanden. Diese darf nicht zu einem Untergang der Menschheit führen. Es gibt nur eine vernünftige Alternative. **Die lautet: Gemeinsam für Frieden!**

Joachim Bonatz

Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden

- (1) In dem gleichnamigen Buch berichten Generale von ihren persönlichen Motiven. Das 100-seitige A4-Buch ist erhältlich über ISOR e.V. (ISOR-Berlin@t-online.de) für 5.- inkl. Versand.
- (1a) Stockholm International Peace Research Institute (**SIPRI**, deutsch: Stockholmer internationales Friedensforschungsinstitut)
- (2) [Strategic Air Command deklassifiziert Nukleare Zielliste aus den 1950er Jahren \(gwu.edu\)](#)
- (3) <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-akk-will-aufruersten-fuer-vier-milliarden-1.5317318>
- (4) [Halbes Gedenken, ganze Verzerrung – Der Bundestag und der Überfall auf die Sowjetunion – RT DE, https://de.rt.com/meinung/118824-halbes-gedenken-ganze-verzerrung-bundestag/ vom 9.6.2021](#)
- (5) <https://de.rt.com/russland/118847-putin-kritisiert-ukrainisches-stammvolker-gesetz/>
- (6) Europa nicht unter US-amerikanischen Vormundschaft stellen <https://geopragma.fr/lettre-ouverte-a-monsieur-stoltenberg-secretaire-general-de-lotan/>
- (7) [Pour Un Ordre International Different - Une Grande Ambition Pour La France Et L Europe | Scientia \(librairiescientia.be\)](#), EAN : 9782376040460 ISSN : 2265-5409